

## Neuer Störfall bei Schwarz-Gelb

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) soll die Union im Auftrag Merkels mit den Grünen koalitionsfähig machen. Deshalb sein Vorstoß zum Atomausstieg. Röttgen behauptet, die Union solle sich möglichst bald von der Atomkraft verabschieden und „gut überlegen, ob sie gerade die Kernenergie zu einem Alleinstellungsmerkmal machen will“. Die Laufzeit der Atommeiler solle zwar verlängert werden, 40 Jahre jedoch nicht überschreiten. Röttgen warnte auch davor, Zusatzgewinne der Energie-Unternehmen aus Atomkraft mit einer Sonderabgabe abzuschöpfen. „Der Staat muss jeden Anschein vermeiden, er schöpfe Sondergewinne ab und mache dafür Zugeständnisse bei der Sicherheit.“ Dies sei auch verfassungsrechtlich schwierig. (SZ, 6. Februar 2010).

Doch wie Merkel agiert Röttgen nur machtpolitisch, nicht inhaltlich. Derart ist Röttgen nur „Atomlobbyist im grünen Mäntelchen“:

- Seine Personalpolitik zeigt, was Röttgen wirklich will: Ein ehemaliger Atomlobbyist wurde zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit ernannt. Der vertrat unter anderem als Anwalt den Betreiber des Skandal-Atommülllagers Asse.
- Röttgen fordert acht Jahre längere Laufzeiten. Das freut die Betreiber, weil diese Fristen jedes Mal wieder neu verhandelt werden können.
- Auch Röttgens Vorschläge vergrößern die Profite für Großunternehmen: Alte Kraftwerke sind abgeschrieben. Jedes Kernkraftwerk, das am Netz bleibt, bedeutet pro Tag eine Million Euro Extra-Profite für die Energie-Multis. Und steigern damit die Boni der Energie-Manager. 61 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne winken den Energieversorgern bei einer Verlängerung der Laufzeiten auf 40 Jahre.
- Acht Jahre längere Laufzeiten bedeutet ein Drittel mehr Atommüll als beim Ausstieg aus der Kernenergie. Und das ohne ein sicheres Endlager.
- Alte AKWs bleiben trotz Nachrüstung unsicherer als neuere. Die Reaktoren wurden für eine Laufzeit von 25, nicht von 40 oder 60 Jahren konzipiert. Die Verlängerung der Laufzeiten durch Röttgen ist daher nicht nachvollziehbar. Kernkraftwerke besitzen auch keinen Schutz vor Terrorangriffen.

Die machtpolitischen Spielchen von Röttgen haben jedoch zu einem schwerwiegenden Störfall in der schwarz-gelben Koalition Regierung geführt.

### Angriffe und Klarstellungen aus der Union:

Wirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP): Er warne vor „ideologischen Schnellschüssen“. „Niemand will neue Kernkraftwerke in Deutschland. Eine langfristige Perspektive kann aber nur entstehen, wenn mit soliden Fakten statt mit ideologischen Schnellschüssen gearbeitet wird.“ (BamS, 14. Februar 2010)

**Andreas Pinkwart**, stlv. FDP-Vorsitzender, warf Röttgen „Aktionismus“ vor. „Wir brauchen die Atomkraft als Brückentechnologie, bis erneuerbare Energien zu einer bezahlbaren Alternative werden. Wann das sein wird, kann niemand ohne intensive Vorarbeiten seriös beantworten.“ (Hamburger Abendblatt, 13. Februar 2010)

Hessens Umweltministerin **Silke Lautenschläger** (CDU): „Im Koalitionsvertrag steht nichts davon, dass bei einem Anteil von 40 Prozent erneuerbarer Energien die Kernkraft überflüssig wird oder dass die Anlagen nur 40 Jahre betrieben werden sollen.“ (dpa, 14. Februar 2010)

Umweltminister von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, **Markus Söder** (CSU), **Tanja Gönner** und **Silke Lautenschläger** (beide CDU): „Wir sind vor der Bundestagswahl für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke eingetreten, und das muss auch so bleiben. Die Vorfestlegung von Röttgen „entspricht nicht dem, was vereinbart wurde“. (dpa, 14. März 2010)

Bayerns Umweltminister **Markus Söder** (CSU): „Das Thema ist zu wichtig, um es irgendeiner Koalitionsüberlegung zu opfern.“ (Tagesspiegel, 14. Februar 2010)

Bayerns Ministerpräsident **Horst Seehofer** (CSU) widersprach der Ansicht Röttgens, dass die Laufzeit der Atommeiler auf höchstens 40 Jahre ausgelegt ist. Solange die Kernkraftwerke „unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und solange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, sollten wir sie am Netz lassen.“ (Spiegel, 14. Februar 2010)

CSU-Landesgruppenchef **Hans-Peter Friedrich**: Wir sehen die Kernenergie „vorläufig als unverzichtbar an. Wir dürfen nicht zulassen, dass regenerative Energie gegen Kernenergie ausgespielt wird. (...) Jetzt feste Zeitangaben zu machen ist falsch.“ (Stuttgarter Nachrichten, 15. Februar 2010)

Bayerns Umweltminister **Markus Söder** (CSU): „wenig seriös“. (dpa, 9. Februar 2010)

CSU-Landesgruppenchef **Hans-Peter Friedrich**: „Wir sind in der Koalition etwa irritiert, weil die Sorge besteht, dass Röttgens Einlassungen falsche Signale aussenden. (...) Der Verdacht, dass wir nicht für längere Atomlaufzeiten stehen, muss ausgeräumt werden.“ (FTD, 9. Februar 2010)

**Tanja Gönner** (CDU), Umweltministerin Baden-Württemberg: „Nicht alle Äußerungen von Röttgen sind deckungsgleich mit dem Koalitionsvertrag. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass er so wenig Kernenergie wie möglich will (...). Das ist nicht die Linie, die wir beschlossen haben (...). Ich stelle fest, dass viele unserer Mitglieder irritiert sind über Röttgens Aussagen.“ (Stuttgarter Zeitung, 9. Februar 2010)

**Philipp Missfelder**, Bundesvorsitzender JU: Der CDU „das Label aufzudrücken, die CDU soll jetzt für den Atomausstieg stehen, das halte ich für falsch“. (ARD, 8. Februar 2010)

**Michael Kretschmer** (CDU), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „sprachlos über so viel Unfug. (...) Mich stört auch das Argument, es gäbe eine mangelhafte Akzeptanz der Kernenergie. Wenn das so wäre, wäre es die Aufgabe der CDU, dafür zu kämpfen, dass die Akzeptanz größer wird.“ (dpa, 7. Februar 2010)

**Michael Fuchs** (CDU), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Fuchs sprach von „Willkür“ und: „Volkswirtschaftlich bedeutet es einen enormen Schaden, gut funktionierende Kernkraftwerke abzuschalten, die weder durch ‚Vogelschredderanlagen‘ (Windkraft) noch durch ‚Subventionsgräber‘ (Solarzellen) ersetzbar sind (...). Sichere Kernkraftwerke können weiterlaufen, und zwar nicht nur 40 Jahre, wie Herr Röttgen willkürlich festlegt, sondern 60 Jahre wie in den USA oder noch länger.“ (dpa, 7. Februar 2010)

**Guido Westerwelle** (FDP), Vizekanzler: „Was der Umweltminister gesagt hat, ist nicht die Auffassung der Bundesregierung. Jetzt auszusteigen aus der Kerntechnik ist ein absolut schwerer Fehler.“ (ZDF, 7. Februar 2010)